

AKTUELL

ABTREIBUNG

Empathiemangel

Luc Caregari

Worum geht es wirklich bei dem neuen Abtreibungsgesetz? Den Schutz des Lebens, die Mündigkeit der Frau oder um schiere Machtpolitik? Der Koalitionspoker um die heikle Frage legt eher Letzteres nahe.

Sie hat es geschafft. Die CSV wird dieses Mal kein Debakel erleben wie vor drei Jahren in der Euthanasie-debatte, als zum ersten Mal in Luxemburg ein Gesetz gegen die konservative Mehrheit gestimmt wurde und prompt eine Regierungskrise auslöste. Zwar wurde in den letzten Wochen teils heftig debattiert, aber doch bei weitem nicht so polemisch wie im Jahr 2009. Obwohl uns zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Artikels das Abstimmungsergebnis noch unbekannt ist, scheint es doch sehr wahrscheinlich, dass François Biltgens „Reform“ nicht vom Parlament abgeschmettert wird. Dabei ist vieles an dem Gesetzesprojekt verbesserungsbedürftig und beweist einmal mehr, wie groß der Einfluss immer noch ist, den die katholische Kirche - via CSV - auf die luxemburgische Gesellschaft ausübt.

Der erste Kritikpunkt an dem Gesetz bezieht sich auf das Ministerium, das es ausgearbeitet hat. Grundsätzlich sollte ein eigentlich medizinisches Dossier, wie die Abtreibung nicht vom Justiz-, sondern vom Gesundheitsministerium behandelt werden. Dazu müsste aber der Schwangerschaftsabbruch straffrei gestellt werden - so weit will die CSV nicht gehen. Die LSAP akzeptiert dies, obwohl die Straffreiheit sogar in den eigenen Reihen gefordert wird. Und nicht nur sie: Das vor zwei Jahren gegründete Kollektiv „Si je veux“ fordert ebenfalls, dass der Schwangerschaftsabbruch freizugeben und die zweite - obligatorische - „psycho-soziale“ Konsultation, die jede abtreibungswillige Frau über sich ergehen lassen muss, abzuschaffen sei. Bei einer Demonstration vor dem Parlament am Donnerstagmittag taten sie noch einmal lautstark ihre Forderungen kund und verteilten einen Merkzettel an die Abgeordneten, der unter anderem darüber informiert, dass sogar der Europarat Luxemburg dazu anhält, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

Eine unangemeldete Gegendemonstration von etwa zehn Ewiggestrigen der Brüsseler „Pax Europa Chris-

tiana“, einer nebulösen Organisation, die der erzkonservativen bis extremen Rechten zuzurechnen ist, versuchte die Kundgebung zu stören, indem sie pathetisch Papp-Kindersärge auf dem Boden verteilte. Die im Internet angekündigte Gegendemonstration stieß auf wenig Interesse, außer beim ADR-Präsident Fernand Kartheiser, der die älteren Herren freundlich begrüßte, als wären sie alte Bekannte, obwohl seine Partei nicht geschlossen gegen das Gesetzesprojekt stimmen wird: „Trotzdem bleibt die ADR eine Pro-Life-Partei“, verkündete er vor den Demonstranten bevor er sich - teilweise unter Buhrufen - ins Parlament begab.

Und nun? Nun wird Luxemburg ein Gesetz stimmen, das zwar - was die Einschätzung der Notsituation, die Rechte der Minderjährigen und die Bedenkzeit von drei Tagen angeht - zum Teil besser ist als das von 1978, das aber immer noch ein frauen- und menschenfeindliches Gesetz bleibt, in dem die Frauen immer noch als unmündige Wesen verstanden werden, die man mit ihrer mangelhaften Urteilsfähigkeit nicht allein lassen darf. Dies ruht auf veraltetem, erzkatholischem Gedankengut, das in diesem Gesetz nun noch einmal bekräftigt wird. Dabei geht es auch dem Kollektiv „Si je veux“ durchaus darum, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden, bloß wollen sie darauf aufmerksam machen, dass auch die beste Verhütung dies nicht immer verhindern kann.

Jedenfalls ist die Gesetzesreform kein Ruhmesblatt der Demokratie, auch nicht für die LSAP, die sich wieder einmal für Realpolitik und Machterhalt entschieden hat. Denn abgetrieben wird immer werden, egal was auf dem Papier steht. Ein kluger Gesetzesgeber würde die Situation anerkennen und einen legalen Rahmen herstellen, der die Frauen schützt und ihnen die Verantwortung über ihr Schicksal überträgt, und nicht, wie hier geschehen, mit Frauenschicksalen Machtpoker spielt. Man sieht sich wieder in drei Jahren, wenn das Gesetz, so wie es versprochen wurde, reformiert werden soll.

SHORT NEWS

Sélectivité sociale, fausse bonne idée

« Les économies réalisées ou réalisables de cette façon sont plutôt d'ordre symbolique, mais donnent un mauvais signal. » Clairement, le renchérissement des chèques-service accueil ne trouve pas grâce aux yeux des auteurs de l'étude « Les transferts sociaux en temps de rééquilibrages budgétaires », commanditée par la Caritas et la Gréng Stéftung. Présentée par le gouvernement comme un pas vers une plus grande sélectivité sociale, l'augmentation de la participation financière des ménages, selon l'étude, « frappe encore une fois les familles avec enfants, déjà désavantagées vis-à-vis de leurs pairs sans enfants ». Ayant analysé treize types de prestations sociales, l'étude constate qu'une plus grande sélectivité n'économiserait que peu d'argent, à moins d'éliminer le caractère assurantiel dans des domaines comme la santé. La mesure financièrement la plus prometteuse est une suppression des allocations familiales pour les ménages à niveau de revenu supérieur à cinq salaires minimums. Cela rapportera presque 200 millions d'euros, mais « mettra aussi en cause la cohésion sociale », les couches favorisées se sentant lésées. S'il s'agit de faire participer plus les ménages nantis au financement de la Sécurité sociale, s'interrogent les auteurs de l'étude, « ce but ne pourrait-il pas être atteint plus facilement à travers une imposition plus forte ? ». Cette réflexion sur le financement des prestations sociales, qui met en doute le fameux remède miracle de la sélectivité sociale, tombe à pic à un moment où les économies budgétaires sont vivement débattues. On peut cependant regretter qu'elle aborde peu les questions théoriques liées au fondement des politiques sociales, qui devraient par exemple guider les choix entre recouvrement des coûts, assurance, participation échelonnée et gratuité des services d'intérêt général. La balle est désormais dans le camp des Verts et des autres partis politiques de gauche.

Transform: Au coeur de la place financière

Pour le gouvernement luxembourgeois, lutter contre la crise, c'est réduire le déficit budgétaire et espérer une reprise économique et de nouveaux débouchés pour la place financière. L'opposition de gauche est unanime pour rejeter les politiques d'austérité, mais du côté des solutions de rechange, la situation est confuse. On peut difficilement nier que la prospérité extraordinaire du pays dans son ensemble est fondée sur son rôle dans les réseaux de la finance mondiale, celle-là même qui a causé la crise. L'organisation Transform, think-tank proche de la Gauche unitaire européenne, se propose de mener une réflexion critique sur la place financière et ses perspectives. Lors d'une première réunion, Mike Mathias (Déi Gréng) et Marc Baum (Déi Lénk) exposeront leurs points de vue: lundi, 26 novembre, 19 heures au Casino syndical à Bonnevoie (deuxième étage).

RadfahrerInnen als Buhmänner und -frauen

Kaum hat die Zahl der Rad fahrenden Menschen in Luxemburg nicht nur statistisch sondern auch sichtbar zugenommen, schon werden Stimmen laut, die die Disziplinlosigkeit und das gefährliche Verhalten dieser bis vor wenigen Jahren ungewohnten Spezies in den Vordergrund stellen. Dabei lassen sie es sich nicht nehmen, die schwächsten Teilnehmer am öffentlichen Verkehr, die Fußgänger, für sich einzuspannen. So geschehen im Editorial der letzten Ausgabe von Auto-Moto, der Automobilzeitschrift von saint-paul. Dass es unter den RadfahrerInnen schwarze Schafe gibt, streitet auch die Lëtzeburger Vélosinitiativ (LVI) nicht ab, die in der letzten Ausgabe ihres Infos auf die „Schwarz-Weiß-Malerei“ der Autozeitschrift reagiert. Doch das regelwidrige Verhalten der RadfahrerInnen steht hinsichtlich der Anzahl und der möglichen gesundheitlichen Folgen in keinem Verhältnis zu dem, was das (Fehl-) Verhalten vieler AutofahrerInnen gegenüber dem sanften Verkehr bewirken kann. Auch zugeparkte Fahrradwege, Missachtung der Vorfahrt der von hinten kommenden Räder beim Rechtsabbiegen u.ä. sind Indizien dafür, dass die gleichberechtigte Teilnahme der RadfahrerInnen am Verkehr in vielen Köpfen immer noch nicht angekommen ist. Deshalb betont die LVI ihre Forderung nach genau so viel Raum im Alltagsverkehr, wie dem motorisierten Verkehr zur Verfügung steht.